

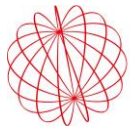
Rückschau Frühjahrsession 2020 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

Aufgrund der Situation rund um das Coronavirus haben die Ratsbüros am 15. März 2020 den Entscheid gefällt, auf die dritte Sitzungswoche der Frühlingssession zu verzichten. Aus diesem Grund haben keine Schlussabstimmungen stattgefunden. Wie diesbezüglich das weitere Vorgehen ist, ist noch offen.

Der **Ständerat** hat die Motion von Ständerat Ruedi Noser «[Ombudsstelle für Kinderrechte](#)» mit 23 zu 20 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen und spricht sich damit für die Schaffung einer Ombudsstelle für Kinderrechte aus. Die Ombudsstelle soll Kinder bezüglich ihrer Rechte beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen. Ferner soll die Ombudsstelle zwischen dem Kind und staatlichen Stellen vermitteln und Empfehlungen aussprechen können. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz unterstützt diesen Vorstoss (mehr dazu im [Webbeitrag](#) vom 16. März 2020). Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. Ebenfalls zugestimmt hat der Ständerat den zusätzlichen Instrumenten für den Umgang mit so genannten terroristischen Gefährderinnen und Gefährdern, darunter auch Massnahmen, die gegen Kinder verhängt werden können. Mit dem geänderten [Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus](#) kann die Polizei neu einen präventiven Hausarrest gegen Jugendliche ab 15 Jahren und Kontakt- und Rayonverbote gar gegenüber Kindern im Alter von 12 Jahren anordnen. Schliesslich hat sich der Ständerat auch für das Postulat von Peter Heggelin ausgesprochen, das einen Bericht zur [Koordination der verschiedenen Förderinstrumente des Bundes im Bereich der Kinder- und Jugendförderung](#) verlangt.

Der **Nationalrat** hält beim indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative weiter an der Haftungsregel für Konzerne und deren Tochterfirmen für Schäden im Ausland fest. Er will Haftungsregeln einführen für Unternehmen, die im Ausland Menschenrechte verletzen oder die Umwelt schädigen. Der Ständerat lehnt das ab. Die Konzernverantwortungsinitiative selbst empfehlen beide Räte zur Ablehnung. Die Initianten haben signalisiert, dass sie ihr Begehren zurückziehen, wenn sich das Konzept des Nationalrats in den Ratsdebatten durchsetzt. Die Volksinitiative «[Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt \(Konzernverantwortungsinitiative KOVI\)](#)» hat die Verankerung einer Sorgfaltsprüfungspflicht in der Schweizer Verfassung zum Ziel, damit Schweizer Konzerne gesetzlich verpflichtet sind, Kinder- und Menschenrechte sowie die Umwelt weltweit zu respektieren. Abgelehnt hat der Nationalrat ein Postulat von Nationalrätin Yvonne Feri, die eine [Bericht zu der kantonalen Praxis von Kinderschutzmassnahmen und dem Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen](#) gemäss dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) forderte. Justizministerin Karin Keller-Sutter wies darauf hin, dass der Bundesrat die Frage erst kürzlich untersucht habe. Die beteiligten Sozial- und Ausländerbehörden hätten die Koordination in den vergangenen Jahren verbessert. So informierten heute Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden die Migrationsbehörden unaufgefordert über allfällige Entscheide, um das Vorgehen abzustimmen.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten). Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Frühjahrsession 2020

Geschäft des Bundesrates

17.022

IVG. Änderung (Weiterentwicklung der IV)

Im Zentrum der «Weiterentwicklung der Invalidenversicherung» für Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen steht gemäss Bundesrat eine intensivere Begleitung der Betroffenen. Kinderrechtlich relevant sind v.a. folgende Punkte:

Kindern und Jugendlichen finanziert die IV die medizinischen Behandlungen von bestimmten Geburtsgebrechen. Künftig will die IV die Kinder und ihre Familien enger begleiten. Die medizinischen Behandlungen werden verstärkt mit anderen Leistungen der IV koordiniert; die Kosten werden intensiver kontrolliert. Die Geburtsgebrechen-Liste wird überarbeitet. Die Behandlung einzelner Krankheiten soll dagegen künftig die Krankenversicherung übernehmen.

Der Nationalrat hat in neuer Zusammensetzung seinen früheren Entscheid mit 134 zu 51 Stimmen bei 5 Enthaltungen umgestossen, die Kinderrenten von 40 auf 30 Prozent einer IV-Rente zu senken und folgt damit dem Ständerat. Hingegen hielt der Nationalrat daran fest, die Kinderrenten umzutauften und macht dazu den neuen Vorschlag «Zusatzrente für Eltern». Mit dieser letzten Differenz geht das Geschäft zurück an den Ständerat.

- ➔ Ständerat und Nationalrat haben sich geeinigt, dass die Rente, die IV-Bezügerinnen und -Bezüger für ihre Kinder erhalten, weiterhin "Kinderrente" heisst. Die IV-Revision ist somit bereit für die Schlussabstimmung. Eine Kürzung der Kinderrente steht nicht mehr zu Debatte.

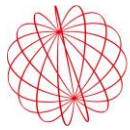
Geschäft des Bundesrates

17.060

Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt. Volksinitiative

Die Initiative verlangt, dass Unternehmen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz verpflichtet werden, regelmässig eine Sorgfaltsprüfung zu den Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt durchzuführen. Über das Ergebnis dieser Prüfung sollen sie Bericht erstatten. Verletzt ein Schweizer Unternehmen Menschenrechte oder Umweltstandards, so soll es für den Schaden aufkommen, auch wenn dieser durch eine Tochtergesellschaft im Ausland verursacht worden ist. Der Bundesrat anerkennt zwar das Anliegen, will aber einen anderen Weg gehen und setzt auf ein international abgestimmtes Vorgehen und verweist auf bereits existierende Instrumente. Er beantragt dem Parlament daher, die Initiative ohne Gegenentwurf und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Der Nationalrat hat sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der Ständerat hat sich jedoch dagegen entschieden. Während der Session werden die vorhandenen Differenzen bereinigt werden müssen.

- ➔ Der Ständerat und der Nationalrat sind sich weiterhin nicht einig, wie weit der indirekte Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative gehen soll. Die Haftungsregeln für Konzerne und deren Tochterfirmen für Schäden im Ausland bleiben umstritten. Der Nationalrat ist beim indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative nicht von seiner Position abgewichen. Er will Haftungsregeln einführen für Unternehmen, die im Ausland Menschenrechte verletzen oder die Umwelt schädigen. Der Ständerat lehnt das ab. Die Konzernverantwortungsinitiative selbst empfehlen beide Räte zur Ablehnung. Die Initianten haben signalisiert, dass sie ihr Begehren zurückziehen, wenn sich das Konzept des Nationalrats in den Ratsdebatten durchsetzt.



Geschäft des Bundesrates

18.092

Erwerbsersatzgesetz. Mutterschaftsentschädigung bei längerem Spitalaufenthalt des Neugeborenen

Mütter, deren Kinder direkt nach der Geburt mehr als drei Wochen im Spital verbleiben müssen, sollen länger Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung haben. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerbsersatz verabschiedet. Damit erfüllt er einen Auftrag des Parlaments. Das Erwerbsersatzgesetz (EOG) sieht bereits heute vor, dass der Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung aufgeschoben werden kann, wenn das Neugeborene direkt nach der Geburt länger als drei Wochen im Spital bleiben muss. Allerdings sieht das EOG für die Dauer des Spitalaufenthalts des Neugeborenen keinen Erwerbsersatz für die Mutter vor und auch die Maximaldauer des Aufschubs ist nicht geregelt.

Die Kommission für Sicherheit und Gesundheit des Ständerates hat die Vorlage des Bundesrates angenommen.

- ➔ Wenn ein krankes Baby nach der Geburt länger als drei Wochen im Spital bleiben muss, soll die Mutter länger Mutterschaftsentschädigung erhalten. Der Ständerat die Vorlage angenommen. Das Geschäft geht nun in den Nationalrat.

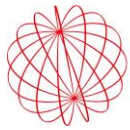
Geschäft des Bundesrates

19.023

Ja zum Verhüllungsverbot. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Die Initiative verlangt, dass überall in der Schweiz - im ganzen öffentlichen Raum und an allen Orten, die öffentlich zugänglich sind - niemand mehr sein Gesicht verhüllen darf. Ausnahmen sind ausschliesslich aus Gründen der Sicherheit, der Gesundheit, des Klimas und des einheimischen Brauchtums möglich und sollen auf Gesetzesstufe konkretisiert werden. Der Bundesrat lehnt dies ab, weil die Kantone wie bisher selber über ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum entscheiden sollen. Er stellt der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Diese Regelung auf Gesetzesstufe ist eine gezielte Antwort auf die Probleme, die Gesichtsverhüllungen mit sich bringen können. So muss jemand sein Gesicht zeigen, wenn es für die Identifikation notwendig ist.

- ➔ Der indirekte Gegenvorschlag zur Burka Initiative steht und ist bereit für die Schlussabstimmung. Damit sollen Bestimmungen zur Gleichstellung von Frau und Mann aufgenommen werden. Der Ständerat hat Ergänzungen des Nationalrats zugestimmt und mit den besonderen Anliegen von Kindern und Jugendlichen ergänzt. Dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zu Verhüllungsverbot" haben beide Räte zugestimmt. Gegen die Volksinitiative haben sich Ständerat und Bundesrat ausgesprochen - im Nationalrat steht der Entscheid noch aus.



Geschäft des Bundesrates

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Durch die Gesetzesvorlage soll die Polizei zusätzliche Instrumente für den Umgang mit terroristischen Gefährderinnen und Gefährdern bekommen. Darunter fallen auch polizeilich-präventive Massnahmen, die auch gegen Kinder verhängt werden können. So kann die Polizei den präventiven Hausarrest gegen Jugendliche ab 15 Jahren und das Kontakt- und Rayonverbot gar gegenüber Kindern im Alter von 12 Jahren anordnen. Das Geschäft wurde in der Wintersession vom Ständerat an die vorbereitende Sicherheitspolitische Kommission zurückgewiesen sowie zusätzlich auch in der Rechtskommission traktandiert.

- ➔ Der Ständerat hat am Montag die Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus im zweiten Anlauf gutgeheissen. Er folgt in den Kernpunkten dem Bundesrat, verschärft aber das Strafmass. Für die Kontrolle von terroristischen Gefährdern soll die Polizei künftig zusätzliche Instrumente erhalten. So kann auch gegen Personen ab 15 Jahren ein Hausarrest beschlossen werden. Weitere Massnahmen können die Behörden bereits bei Kindern ab 12 Jahren beschliessen. Die Vorlagen gehen nun an den Nationalrat.

Geschäft des Bundesrates

19.072

Internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Bundesgesetz. Totalrevision

Der Bundesrat beantragt dem Parlament eine Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Das neue Gesetz erweitert den Handlungsspielraum und sichert die Grundlage, um die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung auch in Zukunft wirksam fördern zu können. Das totalrevidierte Bundesgesetz bildet eine gleichwertige Rechtsgrundlage sowohl für eine Assoziierung an EU-Bildungsprogramme als auch für die Umsetzung eigener Schweizer Förderprogramme.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates stimmt der Vorlage zu.

- ➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden

Parlamentarische Initiative Fraktion GLP

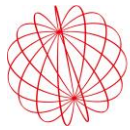
13.468

Ehe für alle

Die parlamentarische Initiative fordert den Gesetzgeber auf, alle rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften für alle Paare zu öffnen, ungeachtet ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Auch gleichgeschlechtliche Paare sollten heiraten können, und ungleichgeschlechtliche Paare sollten (wie in Frankreich) eine eingetragene Partnerschaft begründen können. Der vorgeschlagene Artikel 14 Absatz 2 der Bundesverfassung hält dies fest.

Der Bundesrat will die heutige Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare beseitigen. Er unterstützt deshalb die Vorlage, welche die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) aufgrund dieser parlamentarischen Initiative ausgearbeitet hat.

- ➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden



Parlamentarische Initiative Müller Philipp

16.403

Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene

Die rechtlichen Grundlagen sind so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Ein Hinderungsgrund, diesen Status unbürokratisch anwenden zu können, ist der umfangreiche Familiennachzug, welcher in jedem Fall zugestanden würde (siehe Stellungnahme des Bundesrates auf die Motion 15.3801). Daher erleichtert eine Angleichung der Regelung zum Familiennachzug für Schutzbedürftige an die Regelung bei vorläufig Aufgenommenen die Anwendung des S-Status. Durch diese Änderung würde keinem Asylsuchenden sein Recht auf Familiennachzug eingeschränkt. Die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative zugestimmt.

➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden

Parlamentarische Initiative Comte Raphaël

19.471

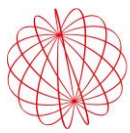
Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen. Fristverlängerung

Das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 soll dahingehend geändert werden, dass die Frist für die Einreichung der Gesuche verlängert wird.

Dank dem Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 konnten zahlreiche Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen entschädigt werden. Auch wenn die vom Gesetz vorgesehenen Beträge eher von symbolischem Wert sind, bilden diese Entschädigungen doch ein wichtiges Element in der Anerkennung des Unrechts, das den von solchen Massnahmen Betroffenen zugefügt worden ist. Eine zusätzliche Frist wäre ein Akt der Menschlichkeit und würde vom Respekt gegenüber den Opfern fürsorgerischer Zwangsmassnahmen zeugen. Sie erlaubte es, Personen zu entschädigen, denen es das erlittene Leid bisher schwer bis unmöglich gemacht hat, sich an die ursprüngliche Frist zu halten.

Die Kommissionen für Rechtsfragen beider Räte haben der Initiative zugestimmt.

➔ Nachdem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für die Gesetzesänderung ausgesprochen. Ehemalige Verdingkinder und administrativ Versorgte sollen auch nach Ablauf der ursprünglichen Frist ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag stellen können. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.



Motion Regazzi Fabio

17.3375

Pädophilen soll der Pass entzogen werden

Der Bundesrat wird beauftragt, die erforderlichen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern, die wegen Pädophilie verurteilt sind (insbesondere Art. 187 des Strafgesetzbuches), der Pass entzogen wird, um zu verhindern, dass sie ins Ausland reisen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat stimmte der Vorlage bereits zu.

- ➔ Der Ständerat folgte seiner staatspolitischen Kommission und dem Bundesrat und hat die Motion abgelehnt. Das Geschäft ist somit erledigt.

Motion Imark Christian

18.3170

Asyl-Querulanten wirksam disziplinieren

Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Grundlagen zu schaffen um Querulanten unter minderjährigen Asylsuchenden wirksam disziplinieren zu können. Der Motionär fordert Möglichkeiten um Querulanten die Grenzen der Toleranz zu demonstrieren, z.B. durch Beschränkungen, Arbeitseinsätze, Rayonverbote, Beschlagnahmungen, Arreste, Internierung usw., bis hin zur Landesverweisung. Der Bundesrat lehnt die Motion ab, da mit dem geltenden Recht bereits Sanktionsmöglichkeiten bestehen.

- ➔ Der Nationalrat lehnt die Motion ab. Das Geschäft ist somit erledigt.

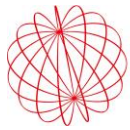
Motion Quadranti Rosmarie

17.3667

Statistische Erfassung von "hate crimes" aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, "hate crimes" gegenüber dem im Titel erwähnten Personenkreis statistisch zu erfassen. Die Erhebung dieser Daten ist notwendig, um zu sehen, ob es in der Schweiz diesbezüglich tatsächlich ein Problem gibt. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Er argumentiert, dass eine effiziente, einheitliche und für alle Kantone verbindliche Datenerfassung in der PKS im Zusammenhang mit "hate crimes" aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck oder Geschlechtsmerkmalen schwierig bleibt und umfangreiche Investitionen nötig sein dürften, um dieses Ziel zu erreichen. Der Nationalrat hat die Motion bereits angenommen.

- ➔ Hassdelikte gegen Homosexuelle sollen künftig nicht statistisch erfasst werden. Im Gegensatz zum Nationalrat hat der Ständerat die Motion mit 21 zu 18 Stimmen abgelehnt. Eine letztlich erfolgreiche Minderheit um Thomas Hefti (FDP/GL) wollte nichts davon wissen. In den vergangenen Monaten und Jahren sei bereits einiges geschehen, um Gewaltdelikte gegen Homosexuelle einzugrenzen. Er verwies dabei auf die vom Stimmvolk angenommene Ausweitung der Anti-Rassismus-Strafnorm. Der Vorstoss ist damit erledigt.



Motion Heim Bea

18.3058

Bevölkerungsschutz. Sichere Versorgung der Schweiz mit Impfstoffen

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu prüfen, vorzuschlagen und umzusetzen, um die nötige Impfstoffversorgung der Schweiz möglichst bald sowie auch auf längere Sicht sicherzustellen. Dabei sind namentlich folgende Vorschläge von Expertinnen und Experten zu prüfen und dem Parlament allfällig notwendige gesetzliche Anpassungen zu unterbreiten:

1. Anreize schaffen, damit Unternehmen vermehrt die Zulassung in der Schweiz beantragen;
2. zentraler Einkauf von Impfstoffen mit mehrjährigen Lieferverträgen und garantierten Mengen;
3. Impfstofffirmen animieren, in der Schweiz zu produzieren;
4. erleichterte und rasche Zulassung für Impfstoffe der EMA-Liste.

Der Bundesrat beantragt die Annahme von Ziffer 2 und die Ablehnung der Ziffern 1, 3 und 4 der Motion.

➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden

Motion Munz Martina

18.3189

Motion Wasserfallen Christian

18.3190

Motion Gmür-Schönenberger Andrea

18.3191

Motion Kälin Irène

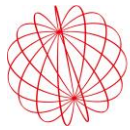
18.3192

Finanzüberschüsse in die Bildung investieren! (gleichlautende Motionen)

Der Bundesrat wird beauftragt, die mit der BFI-Botschaft 2017-2020 verabschiedeten Finanzbeschlüsse in der vollen Höhe und ohne Kürzungen umzusetzen. Die Finanzbeschlüsse der BFI-Botschaft 2017-2020 sollen in den kommenden Budgetdebatten keinen Kürzungen unterworfen und die vorgenommenen Kürzungen der Vorjahre ausfinanziert werden. Im Vergleich zum Überschuss handelt es sich dabei um vergleichsweise tiefe Beträge. Bildung ist ein zentrales Gut, und Kürzungen in diesem Bereich haben negative soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen mit hohen Folgekosten z. B. bei der Sozialhilfe.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der vier gleichlautenden Motionen.

➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden



Motion Fraktion SVP

18.3421

Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers)

Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne einer kohärenten Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers), Massnahmen und Gesetzesanpassungen namentlich in folgenden Bereichen vorzuschlagen:

1. Rechtsansprüche auf und aus Sozialversicherungen (namentlich AHV und Krankenversicherung) sind auf Personen mit geregelter Aufenthaltsstatus zu beschränken. Vorbehalten bleiben Sozialversicherungsabkommen.
2. Verschärfung der Strafnormen für Arbeitgeber von illegalen Einwanderern, deren Arbeitsvermittler und Vermieter von Mietobjekten.
3. Sicherstellung des Datenaustausches zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (bspw. für Schulbesuche und individuelle Förderung).

Die Motion greift das Kernanliegen der zurückgezogenen Motion der SGK-NR [18.3005](#) auf.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion und will zuerst die Berichte im Zusammenhang mit dem überwiesenen Postulat 18.3381 "[Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers](#)" abwarten.

➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden

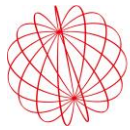
Motion Fraktion SVP

18.4141

Uno-Flüchtlingspakt. Rückzug der Schweiz

Der Bundesrat wird beauftragt, sich aus dem Prozess des Uno-Flüchtlingspakts zurückzuziehen und davon zu distanzieren. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund ihrer Aufenthaltsstatus ergeben. Beide Räte haben 2018 bereits Vorstösse abgelehnt, die eine Nicht-Unterzeichnung des Paktes gefordert haben. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

➔ Der Nationalrat lehnt die Motion mit 142 zu 49 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Das Geschäft ist somit erledigt.



Motion Quadranti Rosmarie

19.3610

Schaffung der nationalen Menschenrechtsinstitution und Übergangslösung unter Beibehaltung des Status quo mit dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte

Der Bundesrat wird beauftragt, 1. die Gesetzesvorlage zur Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (NMRI) dem Parlament rasch zu unterbreiten und 2. sicherzustellen, dass das seit neun Jahren bestehende Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) seine Arbeit fortführen kann, bis das NMRI-Gesetz in Kraft tritt.

Der Bundesrat empfiehlt die Annahme der Motion.

- ➔ Der Bundesrat soll eine Gesetzesvorlage für eine nationale Menschenrechtsinstitution (NMRI) ausarbeiten. Der Nationalrat hat die Motion mit 100 zu 90 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Es soll ein nahtloser Übergang des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) in eine Nachfolgeorganisation sichergestellt werden. Der Bundesrat ist einverstanden mit dem Auftrag. Das Aussendepartement habe verschiedene Aspekte und Modelle vertieft geprüft und mit den Lösungen anderer Länder verglichen. Diese Abklärungen sind mittlerweile weit fortgeschritten, wie Bundesrat Ignazio Cassis sagte. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Motion Noser Ruedi

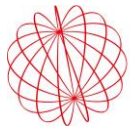
19.3633

Ombudsstelle für Kinderrechte

Durch die Motion soll der Bundesrat beauftragt werden, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für eine Ombudsstelle für Kinderrechte zur Beratung vorzulegen. Diese müssen die notwendigen Kompetenzen bezüglich Informationsaustausch mit Behörden und Gerichten mit einem Auskunftsrecht schaffen und die Finanzierung sicherstellen. Die Ombudsstelle muss von der Verwaltung unabhängig und allen Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre aus der ganzen Schweiz sowie ihnen nahestehenden Personen niederschwellig zugänglich sein. Sie muss Kinder bezüglich ihrer Rechte informieren und beraten und so für das Kind den Zugang zur Justiz sicherstellen. Wenn nötig, soll die Ombudsstelle zwischen dem Kind und staatlichen Stellen vermitteln und Empfehlungen aussprechen können. Kinder und Jugendliche mit Fragen, die nicht rechtlicher Natur oder bereits abgedeckt sind, soll die Ombudsstelle an die bereits vorhandenen Angebote verweisen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Bundesrat erachtet die Koordination der verschiedenen existierenden Stellen nach wie vor für zielführender als die Schaffung einer weiteren Stelle auf Bundesebene. Die ständerätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur stimmt der Motion jedoch zu.

- ➔ Der Ständerat hat die Motion mit 23 zu 20 Stimmen angenommen. Die Motion geht nun an den Nationalrat (vgl. dazu auch «[Der Ständerat sagt JA zur zur Schaffung einer Ombudsstelle für Kinderrechte](#)»)



Motion WBK-SR

19.3953

Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz

Der Bundesrat wird beauftragt, einen 5-jährigen Monitoring-Zyklus zur Prävention und Bekämpfung der Armut einzurichten. Das gesamtschweizerische Monitoring soll auf bestehende nationale und kantonale statistisch relevante Datenquellen beruhen und eine Auswertung von Armutsindikatoren beinhalten. Die Ergebnisse des Monitorings sollen der Bundesversammlung in Form eines alle 5 Jahre erstellten Berichts zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Ständerat hat der Motion jedoch bereits zugestimmt.

➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden

Motion Barrile Angelo

19.4290

Medizinische Leistungen für alle Kinder!

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) so anzupassen, dass für Kinder und minderjährige Personen der Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleistet bleibt, auch wenn ihre Eltern der Zahlungspflicht der Krankenkassenprämien nicht nachkommen.

Der Bundesrat empfiehlt die Annahme dieser Motion.

➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden

Motion Müller Damian

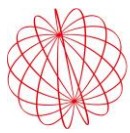
19.4404

Assistenzhunde auch für kranke Kinder und Jugendliche

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Entwurf zu unterbreiten, der die Grundlage schafft, dass die Invalidenversicherung (IV) auch für kranke Kinder und Jugendliche Assistenzhunde wie beispielsweise Epilepsie-Begleithunde bezahlt. Der Anspruch auf einen Assistenzhund ist heute beschränkt auf körperbehinderte Erwachsene, die eine Entschädigung für eine Hilflosigkeit mittleren oder schweren Grades beziehen und zu Hause wohnen. Assistenzhunde werden durch die Invalidenversicherung (IV) teilfinanziert. Der Pauschalbeitrag von 15 500 Franken entspricht rund 50 Prozent der Kosten eines Assistenzhundes während 8 Jahren.

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

➔ Die Invalidenversicherung soll auch für Kinder und Jugendliche Beiträge für Assistenzhunde zahlen. Der Ständerat hat die Motion ohne Gegenstimme angenommen. Die Motion geht nun an den Nationalrat.



Postulat Feri Yvonne

18.3121

Notwendige Kindesschutzmassnahmen bei Ausländerinnen und Ausländern

Der Bundesrat wird beauftragt, zu der kantonalen Praxis von Kindesschutzmassnahmen und dem Widerruf von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen gemäss dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) einen Bericht und wenn nötig Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Der Bericht soll vor allem die folgenden Bereiche untersuchen:

1. wie die Widerrufspraxis von Bewilligungen im Zusammenhang mit sozialhilfeauslösenden Kindesschutzmassnahmen gemäss den Artikeln 62f. AuG in den Kantonen ausgestaltet ist;
2. wie viele Kinder von angedrohten oder vollzogenen Bewilligungsentzügen in diesem Zusammenhang betroffen sind;
3. mit welchen Massnahmen sichergestellt werden kann, dass auch im Rahmen von Verfügungen gemäss den Artikeln 62f. AuG aufgrund von Sozialhilfebezug stets das Wohl des Kindes vorrangig berücksichtigt wird.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.

- ➔ Der Nationalrat lehnt das Postulat mit 106 zu 84 Stimmen ab. Justizministerin Karin Keller-Sutter wies darauf hin, dass der Bundesrat die Frage erst kürzlich untersucht habe. Die beteiligten Sozial- und Ausländerbehörden hätten die Koordination in den vergangenen Jahren verbessert. So informierten heute Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden die Migrationsbehörden unaufgefordert über allfällige Entscheide, um das Vorgehen abzustimmen. Das Geschäft ist somit erledigt.

Postulat Fehlmann Rielle Laurence

19.3554

Werbung und Adipositas. Wie effizient sind die Selbstregulierungsmassnahmen?

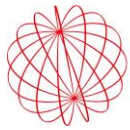
Der Bundesrat wird beauftragt, die Wirksamkeit der im Rahmen von Swiss Pledge getroffenen Massnahmen zu ermitteln und gegebenenfalls zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, damit Kinder und Jugendliche weniger Werbung für Lebensmittel mit zu hohem Zuckerzusatz und Fettgehalt ausgesetzt werden.

Die Selbstregulierungsmassnahmen der Initiative Swiss Pledge weist noch folgende Mängel auf:

1. Die Nährwertkriterien für die Lebensmittel, die beworben werden dürfen, sind immer noch ineffizient. Unabhängige Fachleute sollten deshalb präzise Kriterien ausarbeiten.
2. Die Zeitfenster, während denen einige Marken auf Werbung verzichten, decken sich nicht mit den Zeiten, in denen die Präsenz von Kindern stark ausgeprägt ist.
3. Die Auswirkungen von Swiss Pledge auf die von Kindern konsultierten Medien sollten jedes Jahr von unabhängigen Fachleuten überwacht werden.
4. Auch andere von Kindern und Jugendlichen genutzte Medien, unter anderem die elektronischen Medien, sollten auf die Einhaltung der Pflicht überwacht werden.
5. Falls durch die Selbstregulierung von Swiss Pledge weiterhin zu wenig Lebensmittelwerbung gedeckt wird, sollte der Staat andere Massnahmen entwickeln, um die Empfehlungen der WHO umzusetzen.

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.

- ➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden



Postulat Heggin Peter

19.4559

Koordination der Förderinstrumente des Bundes in der Kinder- und Jugendförderung

Der Postulant verweist auf die zunehmende Nachfrage nach finanziellen Mitteln für die Kinder- und Jugendförderung. Das Parlament hat kürzlich einer erheblichen Erhöhung des Kredits A231.0246 (Ausserschulische Kinder- und Jugendförderung) zugestimmt. Verschiedene Organisationen sind sowohl in der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung wie auch in anderen vom Bund unterstützten Förderbereichen wie beispielsweise der Sport- oder der Kulturförderung aktiv. Der Postulant fordert den Bundesrat auf, aufzuzeigen, inwiefern die betroffenen Fördersysteme koordiniert, welche Entwicklungen in diesen zu erwarten sind und welche Folgen sich daraus für die künftige Ausgestaltung und das Zusammenspiel der Förderinstrumente ergeben.

- ➔ Der Ständerat nimmt das Postulat an und will, dass der Bund seine Förderinstrumente in der Kinder- und Jugendförderung koordiniert.

Standesinitiative Kanton Genf

18.321

Stopp der Administrativhaft für Kinder!

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG; SR 142.20) dahingehend zu ändern, dass die Administrativhaft für Minderjährige in der Schweiz verboten ist.

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates spricht sich dagegen aus, die Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten zu verbieten, wie dies eine Standesinitiative des Kantons Genf fordert. Vielmehr sollen die Kantone angehalten werden, die Administrativhaft nur als letztes Mittel und stets verhältnismässig anzuwenden. Auch die nationalrätliche Staatspolitische Kommission spricht sich mit 14 zu 8 Stimmen gegen die Standesinitiative aus.

- ➔ Ist im Rat noch nicht behandelt worden